

03.10.2011 11:07 Schweiz Politik Parlament

## **Offroader-Initiative Referendum gegen CO2-Gesetz auf Erfolgskurs**

Bern (sda) Noch ist nicht sicher, ob künftig für Neuwagen mit einem hohen CO<sub>2</sub>-Ausstoss ein Zuschlag bezahlt werden muss. Die kleinen Autoimporteure haben für ihr Referendum voraussichtlich genügend Unterschriften beisammen. Dieses richtet sich gegen einen bereits revidierten Teil des CO<sub>2</sub>-Gesetzes.

«Wir gehen davon aus, genügend Unterschriften zu haben», sagte Roger Kunz, Sprecher des Komitees «Kein Preisdiktat» und Präsident des Verbandes freier Autohandel Schweiz (VFAS) am Montag auf Anfrage der Nachrichtenagentur sda. Die Frist für das Referendum endet am 13. Oktober.

Beim im März revidierten Teil des CO<sub>2</sub>-Gesetzes handelt es sich um einen indirekten Gegenvorschlag zur inzwischen zurückgezogenen Offroader-Initiative der Jungen Grünen. Er sieht vor, dass neu zugelassene Autos nur noch 130 Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilometer ausstossen dürfen.

Für Neuwagen, welche die Vorgabe nicht erfüllen, muss ein Zuschlag bezahlt werden. Dieser fällt umso höher aus, je grösser der CO<sub>2</sub>-Ausstoss ist.

Kleinimporteure: ungerecht

Die unabhängigen, kleinen Autoimporteure argumentieren, dass sie mit der neuen Regelung gegenüber den offiziellen, grossen Autohändlern einschneidende Wettbewerbsnachteile erleiden würden. Die kleinen Händler könnten bei der Preisgestaltung - anders als die Grossimporteure - keine Mischrechnungen anstellen.

Dass auf neuen Fahrzeugen, welche die Umwelt stärker belasten als andere, eine Abgabe fällig werden soll, bezeichnet das Referendumskomitee auf seiner Internetseite hingegen als «grundsätzlich fair».

(SDA-ATSV/fy/om)

031107 okt 11